

Ich habe sofort eine Untersuchung veranlaßt und dabei folgende Hauptfragen zur Prüfung gestellt:

- „Wer hat einen solchen Auftrag verantwortlich gegeben?“
- „Wo hat die finanziellen Mittel zur Ausführung eines solchen Vorhabens bereitgestellt?“
- „Wer ist verantwortlich dafür, daß ein solcher Auftrag, sei er auch von irgend-einer Seite gegeben, tatsächlich baulich ausgeführt worden ist?“

„Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Bis jetzt wurde dargelegt, daß Regierungspräsident Martini in dem stark zerstörten Augsburg eine Wohnung benötigte, zumal er eine achtköpfige Familie habe, daß Grund und Boden — nämlich das frühere zerstörte Wohngebäude des Regierungspräsidenten — schon zur Verfügung standen und daß mit dem Wiederaufbau entsprechende beständige Werte für den Staat geschaffen würden ...“

„Wie weit in dem vorliegenden Fall jemanden ein Verschulden trifft, wird erst nach Abschluß der Untersuchung beurteilt werden können. Ich hoffe, Gelegenheit zu haben, zu gegebener Zeit dem Hohen Haus das Untersuchungsergebnis mitzuteilen.“

Indes, wie es mit solchen Hoffnungen häufig geht; Sie waren vergebens wie die Hauptfragen, die Minister Anker-müller zur Prüfung gestellt hatte.

Der neuen Regierung, die am 18. Dezember 1950 in Bayern gebildet wurde, gehörte auch wieder die SPD an, so daß Dr. Anker-müller das Innenministerium an Dr. Wilhelm Högner (SPD) übergeben mußte. Während nun aber andere Baukostenüberschreitungen, ja sogar ihretwegen eingesetzte Untersuchungsausschüsse nach Ende der Legislaturperiode des ersten Landtags einfach in Vergessenheit geraten waren, hatte 13 Monate nach der ersten Anfrage, nämlich am 7. November 1951, der Minister Högner wieder etwas über den Prachtbau des Augsburger Regierungspräsidenten zu berichten.

Er habe „die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Wohngebäudes des Regierungspräsidenten in Augsburg angeordnet. Die zwischen den Erklärungen der Obersten Baubehörde und den jetzigen Ausführungen des Herrn Regierungspräsidenten bestehenden Gegensätze müssen zunächst geklärt werden. Es wird auch festgestellt werden müssen, woher die Mittel in den Jahren 1949 und 1950 abgezweigt worden sind, die im Staatshaushalt nicht erscheinen. Ich habe deshalb den Herrn Finanzminister gebeten, auch die Vernehmung seiner zuständigen Beamten zu gestatten ...“

Nun dauerte es nur noch ein reichliches Jahr, bis Finanzminister Zietsch (SPD) festsetzte, der Regierungspräsident Martini solle seine Eigenmächtigkeit im Eigenheimbau mit einer monatlichen Mietzahlung von 530 Mark entgelten.

Eine stolze Zahl, die geeignet war, auch dem Landtag Achtung vor der Strenge der Staatsregierung abzufordern. Diese Zahl hat nur den Fehler, daß sie theoretischer Natur ist. Bayerns Ministerrat billigte bald darauf — einem Vorschlag von SPD-Innenminister Högner folgend — einen neuen monatlichen Mietsatz für den Beamten Martini: 156 Mark.

Und hier muß der Staatsregierung bestätigt werden, daß sie nicht nur schnell, sondern auch exakt gearbeitet hat: Diese Summe entspricht genau der Höhe des



Demissionsabsicht geändert: Botschafter von Brentano (r.)*

monatlichen Wohnungsgeldzuschusses des Augsburger Regierungspräsidenten.

Die Frage ist also nicht — wie Högners Parteifreund Jean Stock vor drei Jahren gemeint hatte — ob der Staatsregierung dieser Fall bekannt ist. Die Staatsregierung hat ihn sogar geregelt.

AUSWÄRTIGER DIENST

Um des Kanzlers Ohr

In Kürze wird in Bonn vor dem Arbeitsgericht eine Klage angestrengt werden, die sich gegen das Auswärtige Amt der Bundesrepublik richtet. Einer der seltsamsten Fälle der bundesrepublikanischen Nachkriegsdiplomatie wird dann wohl gerichtlich geklärt werden können: der Fall des „Irren von Florenz“.

Diese Geschichte kurioser Verwicklungen und fataler Pressemeldungen um den ehemaligen zweiten Handelsattaché der deutschen Botschaft in Rom, J. M. Kraus, begann während des ersten Auslandsbesuchs Konrad Adenauers in Italien.

Es war am heißen Nachmittag des 21. Juni 1951 in Florenz auf dem Platz vor dem Grand-Hotel und dem Excelsior. Angesichts

* Mit dem Präsidenten der italienischen Republik, Luigi Einaudi (l.)

einer größeren Zuschauermenge hatte der Bundeskanzler mit Tochter Lotte schon seinen Mercedes zur Abreise bestiegen. Da trat plötzlich ein Herr an den Wagenschlag und bat, zur Besprechung einer wichtigen Angelegenheit auf der Fahrt zum nächsten Etappenziel Gardone im Wagen Platz nehmen zu dürfen.

Der Herr hatte schon im gleichen Hotel wie der Bundeskanzler übernachtet und am vorausgegangenen Abend mehrfach mit der Begleitung Konrad Adenauers gesprochen. Nun, als er am Wagenschlag stand, machte er auf die hochgestellten Insassen des Automobils einen völlig verwirrten Eindruck. Obgleich der Fremde sein Anliegen dringlich machte, verbat sich Konrad Adenauer jede weitere Unterhaltung und fuhr mit Eskorte ab. Der Mann, der zurückblieb, war der zweite Handelsattaché der deutschen Botschaft in Rom, J. M. Kraus.

Nachdem der Attaché Kraus in Florenz bei seinem Kanzler so völlig abgeblitzt und die Kavalkade der schweren Wagen gerade aus seinem Blickfeld geraten war, sah er sich plötzlich von zwei teilnehmenden deutschsprechenden Herren flankiert und zum Hotel begleitet.

Die Herren entpuppten sich später unglücklicherweise als Journalisten. Sie waren Zeuge der Auseinandersetzung gewesen, und es dauerte nicht lange, da lief eine Meldungsserie durch die deutsche und italienische Presse über einen Zwischenfall bei der Abfahrt des Kanzlers aus Florenz, bei der ein Mitglied der deutschen Botschaft in Rom öffentlich als verrückt bezeichnet worden sei.

Für den Attaché Kraus sollte das noch Folgen haben, wie sie in einer Boulevard-Reportage nicht besser erfunden werden könnten. Denn zwei Tage später lag er in einer Zelle der Mailänder Nervenkllinik Villa Turno, ohne das Ohr des Kanzlers gefunden zu haben.

Kraus hatte geglaubt, gute Gründe zu haben, dieses Ohr zu suchen. An der Botschaft, die von einem Generalkonsulat gerade zu diesem Rang erhoben worden war, hatte es nämlich seit Monaten internen Ärger zwischen zwei rivalisierenden Gruppen gegeben, die sich auf der einen Seite um den Botschafter von Brentano und auf der anderen Seite um seinen Botschaftsrat Geheimrat Wolf scharten. Der Botschafter, der dieses Streites nicht Herr wurde, hatte mit Hilfe seiner Gattin nach einem der Empfänge den Kanzler am Ärmel gepupft und um Intervention gebeten.

Aber das Gespräch hatte eine nicht erhoffte Wirkung. Konrad Adenauer kündigte an, er werde nach seiner Rückkehr von Bonn aus einen Beamten in Marsch setzen, der die Übelstände in Rom überprüfen sollte.

Der Botschafter empfand das als einen solchen Schlag gegen sein Prestige, daß er noch in der gleichen Nacht vor seinen Getreuen im Zorn verkündete, er werde in dem Augenblick, in dem der Kanzler die Grenze überschritten habe, seine Demission nach Bonn telegraphieren.

Von einer solchen Entwicklung wiederum glaubte sich Brentanos Anhänger Kraus nicht viel versprechen zu können. Denn dann hätte seine, Krausens, Karriere fort-hin unter dem ihm widrigen Stern des Geheimrats Wolf gestanden. Es reifte in ihm der Plan, in diesen schlechten Gang der Dinge tatkräftig einzugreifen.

Kraus fuhr mit Genehmigung des Botschafters von Brentano aus Rom ab, um, wie er angab, die Messen in Padua und Venedig besuchen zu dürfen. Er hatte zwar gesagt, daß er vielleicht

auch auf dieser Reise dem Herrn Bundeskanzler über ein für Deutschland interessantes wirtschaftliches Projekt der Italiener einen Vortrag halten könnte, aber Clemens von Brentano nahm diese Andeutung nicht weiter ernst.

Daß dies die letzte Reise des Attachés als Mann des Auswärtigen Dienstes wurde, lag nicht nur an der Szene in Florenz. Kraus reiste in der Nacht, die auf den florentinischen Vorfall folgte, mit einem Taxi an die Schweizer Grenze, um Konrad Adenauer auf diese Weise noch zu erreichen.

Die Vorstellungswelt des Diplomaten war jedoch durch einen Familienstreit, das Rotieren in Rom, die verwickelte Jagd hinter der Kanzler-Kolonnen in der brütenden Hitze und eine Serie schlafloser Nächte so sehr durcheinandergeraten, daß deutsche Freunde in Mailand, die der Attaché schließlich aufsuchte, sich veranlaßt sahen, zunächst ihren Hausarzt und dann einen Nervenarzt herbeizurufen.

Der Nervenarzt hielt die Einlieferung des deutschen Diplomaten in eine Nervenheilanstalt für zweckmäßig. Diese Einweisung ließ sich jedoch nur unter Gewaltanwendung und mit Hilfe kräftiger italienischer Krankenwärter bewerkstelligen. Der Mailänder deutsche Generalkonsul Dr. Kreuzwald war bei der zwangsweisen Überführung seines Kollegen dabei, um sich von dem angemessenen Vorgehen der italienischen Krankenwärter zu überzeugen.

J. M. Kraus hat es dem Generalkonsul bis heute noch nicht recht verziehen, daß er ihn nicht erst einmal ein paar Tage ins Bett zum Ausschlafen steckte, sondern ihn gleich in nervenärztliche Behandlung gehen ließ.

Nach vier Wochen wurde der deutsche Diplomat wieder entlassen, wobei man ihm



Der Kanzler war zu barsch
Von Rom ins Sanatorium: Attaché Kraus

die Diagnose mitgab, es habe sich bei ihm um einen Erregungszustand psychomotorischer und manischer Art gehandelt.

Kraus wurde von Mailand nach Bonn zurückbeordert und nach einigen Wochen Nachkur aus seinem Angestelltenverhältnis mit dem Auswärtigen Amt entlassen.

Was ihn demnächst vor die Schranken des Arbeitsgerichts treiben wird, sind die

noch anhaltenden Folgen seines Ausflugs in die bundesdeutsche Nachkriegsdiplomatie, den der nervlich etwas labile Exportkaufmann nicht gut überstanden hat.

Der Zwischenfall von Florenz hängt Kraus bei seinen Versuchen, in die Wirtschaft zurückzukehren, noch immer an. In seinem Lebenslauf klafft bei Bewerbungen dort eine Lücke, wo er das jähe Ende seiner kurzen Diplomatenkarriere erklären müßte.

Die ganze Geschichte, meint Kraus, habe nur darum so fatale Folgen angenommen, weil aus Diskretion weder der Botschafter von Brentano noch er bisher den eigentlichen Grund seiner versuchten Intervention bei Dr. h. c. Adenauer erwähnt hätten, nämlich die Entsendung eines Bonner Untersuchungsbeamten nach Rom und damit den Rücktritt des Botschafters zu verhindern. So ist für Kraus, der als Nachkriegs-Landrat in Wangen unter anderem mit einer Empfehlung seines damaligen Vorgesetzten Carlo Schmid in die Kategorie der Handelsattachés einsteigen wollte, die Diplomatenkarriere nur sehr kurz gewesen.

Der Botschafter von Brentano hat zu allem Überfluß gar nicht demissioniert.

TRUMMER-GRUNDSTÜCKE

Das Prestige der Stadt

Von dem Verhandlungserfolg des Berliner Rechtsanwalts Dr. Stein hängt es ab, ob das Berliner Kammergericht doch noch ein Urteil fällen muß, das für eine Unzahl von Hausruinen-Besitzern in Deutschland von Bedeutung werden kann. Anwalt Stein versucht in diesen Wochen auf Gerichtsempfehlung, solch ein Urteil



In diesen Tagen können die OLYMPIA-WERKE WEST auf ihr 50jähriges Bestehen zurückblicken. 1903 wurden sie als Tochtergesellschaft der AEG gegründet.

1903-1923 Berlin • 1923-1945 Erfurt • nach 1945 Wilhelmshaven

Die OLYMPIA-WERKE sind heute die größte Büromaschinen-Fabrik Deutschlands. Sie beschäftigen auf einer nutzbaren Fabrikationsfläche von 67000 qm rund 6000 Betriebsangehörige. Davon sind 34% Flüchtlinge, Vertriebene und Geschädigte. Jährlich werden 22 Mill. DM für Löhne und Gehälter gezahlt. Fast 50% der Produktion des vergangenen Jahres wurden nach 139 Ländern der Erde exportiert.

(Zahlen = derzeitiger Stand, abgerundet)

OLYMPIA-ERZEUGNISSE

Kleinschreibmaschinen

Büroschreibmaschinen

Addiermaschinen

Addiermaschinen mit Schiebewagen

Addiermaschinen mit Schüttelwagen

Mehrere tausend Fachhändler im In- und Ausland, 67 ausländische Generalvertretungen und 14 eigene Filialen in der Bundesrepublik sind um den Vertrieb und die sorgsame Pflege der Olympia-Erzeugnisse bemüht.

Olympia

OLYMPIA WERKE WEST GMBH
WILHELMSHAVEN